

# Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugspreis monatlich 1.25 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: R. K. Schmidt & Co., Wildbad; Druckerei: R. K. Schmidt & Co., Wildbad. — Postamt: 291 74 Stuttgart. — Anzeigenpreise: Im Anzeigerblatt die einseitige 10 mm breite Zeile 1 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, S. 10 Pf., im Restteil die 10 mm breite Zeile 12 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, RM 1000 als Kaution zu erheben. — Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 24, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

## Klarheit und Logik

Von Reichsminister Dr. Göttele

Die deutsche Öffentlichkeit verzeichnet mit einigem Erstaunen die Reaktion, die die Bekanntgabe des Gesetzes zum Wiederaufbau der Wehrmacht in den zuständigen Kreisen der europäischen Hauptstädte hervorgerufen hat. Sie glaubte vermuten zu dürfen, daß die Welt mit schlichter Erleichterung und einem Gefühl innerer Befriedigung diese Tatsache zur Kenntnis genommen hätte. Denn die offene und rückhaltlose Darlegung der deutschen Absichten stellt in Wahrheit ein Element der Beruhigung dar, das für die logische und fruchtbare Betrachtung der europäischen Situation erfreulich, wenn nicht geradezu unentbehrlich ist. Das Geheimnis, das die deutsche Wehrfrage in den vergangenen Monaten und Jahren umgab, war gerade von offiziellen und nichtamtlichen Stellen des Auslandes oft und lebhaft beklagt worden, vor allem im Hinblick darauf, daß ohne uneingeschränkte Kenntnis der Absichten Deutschlands eine Konsolidierung des Friedens, wie man sagte, ausgeschlossen erschien. Mehr als einmal ist deshalb von diesen Stellen dem Wunsch Ausdruck gegeben worden, Deutschland möge der Geheimnisträumerei ein Ende machen und klipp und klar dartun, wohin es steuere, was es wolle und welche Pläne es verfolge.

Die Erfüllung dieses Wunsches war um so dringender geboten, als die meisten ausländischen Zeitungen zum Teil maßgebenden Charakters sich in vagen und phantastischen Schätzungen ergingen, die in den tatsächlichen Verhältnissen keine Begründung fanden, darüber hinaus aber nur geizig erschienen, die Völker in eine höchst gefährliche kriegerische Psychose zu verlegen. Kein anderes Gebiet gilt so wenig wie gerade das militärpolitische als geeignet, übertriebenen und ausschweifenden Mutmaßungen Raum zu geben. Was hier not tut, ist Klarheit; denn nur aus der Klarheit läßt sich jene realistische Logik entwickeln, die allein die innere Kraft besitzt, eine verworrene Situation aufzuhellen und aus ihr die entsprechenden Elemente der Sicherheit und politischen Stabilität zu kristallisieren.

Wie sehr die Welt das Bedürfnis verspürte, über den deutschen Rüstungsbestand Klarheit zu erhalten, mag man aus der Tatsache ersehen, daß sie sich selbst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jene Unterlagen zu verschaffen versuchte, die ihr von Deutschland vorenthalten wurden. Die historische Tat des Führers am vergangenen Samstag hat diesem auf vage Vermutungen angewiesenen Verfahren ein Ende gemacht. Die Welt weiß nun, woran sie ist. Das soll nicht heißen, als habe sie das vorher nicht gewußt. Sie hat durch die Proklamation und das Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht nun unumstößliche Sicherheit erhalten über das, was ihr bereits zur Kenntnis gekommen war, und von dessen Kenntnis sie auch in ihren amtlichen und nichtamtlichen Verlautbarungen keinen Hehl machte.

In der englischen Unterhaus-Debatte vom 29. November 1934 erklärte Winston Churchill: Welches ist nun das große neue Ereignis, das während der letzten 18 Monate über uns hereingebrochen ist. Deutschland rüstet wieder auf! ... Nachdem was wir hören, was uns erzählt wird und was aus allen möglichen Quellen zu uns dringt — obgleich darüber in der Öffentlichkeit wenig gesprochen wird — besitzt Deutschland schon ein mächtiges, wohlgerüstetes Heer mit ausgezeichnetster Artillerie und ungeheuren Reserven an ausgebildeten Mannschaften. Die deutschen Waffenfabriken arbeiten praktisch triegsmäßig, das Kriegsmaterial aus ihnen — bestimmt seit den letzten zwölf Monaten — in immer größerem Umfange. Es wird hier also bereits am 28. November 1934 in der Rede eines englischen Politikers ein deutscher Wiederaufrüstungsstand vorweg genommen in einem Umfange, wie er selbst durch das Gesetz vom 16. März nicht begründet ist. Auch die Folgerung, die Churchill aus dieser Tatsache zieht, kann von Deutschland gutgeheißen werden: „Auch hier besteht kein Grund zu der Annahme, daß Deutschland uns angreifen wird.“ Und schon am 29. November 1934 erklärte Churchill in eben derselben Rede, daß die Zeit gekommen sei, „da das Geheimnis, das die deutsche Wiederaufrüstung umgibt, gelüftet werden muß“.

Die Antwort, die Baldwin im Namen der englischen Regierung auf Churchills Rede gibt, ist ebenso bezeichnend. Er erklärt hier: „Eine der Ursachen der heutigen Malaise in Europa ist, wie ich beweisen werde, nicht nur die Furcht, sondern die Unkenntnis außerhalb und Geheimhaltung innerhalb Deutschlands.“ Kann man es der deutschen Regierung verdenken, wenn sie vier Monate später mit einer offenen Darstellung die Ursachen dieser Malaise beseitigt und Furcht und Unkenntnis ein Ende bereitet? Baldwin erklärt dort weiter: „Ich bin der Überzeugung, und ich spreche hier mit einem Gefühl der Verantwortung, wenn ich von dem Zustande der Furcht rede, der in ganz Europa herrscht, nicht nur der Art, wie ich ihr Ausdruck gab, sondern Furcht vor einem unbekanntem Terror, die in der Hauptsache auf der Unkenntnis dessen beruht, was in Deutschland vorgeht.“

Die Proklamation des Führers an das deutsche Volk und an die Weltöffentlichkeit vom vergangenen Samstag

## Tagespiegel.

Der Führer und Reichskanzler hat sich einem englischen Journalisten gegenüber über die Herstellung der deutschen Wehrhoheit ausgesprochen.

Der britische Außenminister Simon erklärte im Unterhaus, daß der britische Botschafter in Berlin eine Note wegen des deutschen Schrittes in der Wehrfrage überreicht habe.

In der britischen Note wird gefragt, ob Deutschland bereit sei, anlässlich des englischen Ministerbesuches die festgelegten Punkte zu erörtern. Der Reichsaußenminister hat dies bejaht.

Nach französischen und englischen Blätterstimmen stehen Frankreich, England und Italien in dauernder Fühlungnahme und Besprechungen, wobei ein gemeinsamer Protestschritt in Berlin, eine Konferenz der Unterzeichnermächte des Friedensvertrages oder die Einberufung des Völkerbundes zur Frage steht, nachdem die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland verkündet wurde.

Am Mittwoch findet ein französischer Ministerrat statt, in dem Laval über die durch Einführung der deutschen Wehrpflicht geschaffene Lage berichtet.

Der Führer erklärt ausdrücklich, daß die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland keinerlei kriegerische Absichten in sich schließt, im Gegenteil nur der Erhaltung des Friedens dienen solle. Der Furcht vor einem hereinbrechenden unbekanntem Terror ist also durch Befestigung der Unkenntnis über die deutschen Absichten ein Ende gemacht.

Am 8. März 1935 berichtet der „Matin“ über eine Unterredung mit dem Marschall Pétain. Der Marschall erklärte dabei: „Die Verlängerung der Militärdienstzeit ist unbedingt erforderlich und dringend, denn es handelt sich nicht um eine theoretische, sondern um eine praktische Frage in Anbetracht der intensiven Wiederaufrüstung Deutschlands und der Gefahr eines überraschenden Angriffs. Wir sollen wir die Nichtverletzung unserer Grenzen sichern. Das benachbarte Heer besteht aus 600 000 Mann, die sofort verfügbar sind.“

In seiner Rede zur Eröffnung der Exponer Messe vom 10. März erklärt der französische Ministerpräsident Laval: „Die Aufrüstung Deutschlands, gegenüber der die Unterzeichner des Versailler Vertrages machtlos gewesen seien, zu verhindern, habe für Frankreich den Eintritt in die rekrutenmageren Jahre viel gefährlicher gestaltet.“ In seiner großen Kammer-Rede vom 15. März zur Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit erklärt der französische Ministerpräsident: „Nach den alten bekannten Plänen wird Deutschland im Jahre 1936 mindestens über 600 000 Mann verfügen.“ „Sa, diese angebliche Tatsache wurde von der französischen Regierung ausdrücklich als Grund und Ursache für die Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich ins Feld geführt. Muß es da in Deutschland nicht Berwunderung erregen, wenn die Weltöffentlichkeit nun mit einem Male unter Aufzeichnung dieser dokumentarisch festliegenden Tatsachen Erstaunen und Entrüstung spielt angesichts der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, die nur einen Teil dessen im Ziele führt, was hier von amtlichen Stellen schon als feststehend in der innerpolitischen Diskussion der betreffenden Länder vorgebracht wird? Wäre es nicht mutiger, konsequenter und auch logischer, würde es nicht dem Realismus einer neuen Tatsachenbetrachtung mehr entsprechen, wenn man sich dort überall auf jenen Standpunkt stellte, den der englische Publizist A. L. Garvin in seinem Aufsatz vom 3. März 1935 im „Observer“ einnimmt, wenn er schreibt: „Hinsichtlich der Aufrüstung oder Abrüstung muß Deutschlands absolute Gleichberechtigung unter den Großmächten als eine moralische Voraussetzung ein für allemal anerkannt werden. Sie muß so uneingeschränkt anerkannt werden, als hätte es nie einen Weltkrieg und nie einen Frieden von Versailles gegeben.“

15 Jahre lang hat Deutschland darauf gewartet, daß die Unterzeichner des Versailler Vertrages die dort übernommene Verpflichtung auf Abrüstung entsprechend dem deutschen Beispiel einlösten. Statt dessen hat die Welt aufgerüstet und sich ansonst nur mit theoretischen und platonischen Debatten beschäftigt. Ist genug hat der Führer öffentlich erklärt, daß er bereit sei, das letzte Maschinengewehr zu verschrotten, wenn die Welt ein Gleiches tue. Seine Erklärungen sind immer unbeantwortet geblieben. Deutschland mußte einmal aus dieser Situation die Konsequenzen ziehen vor allem im Hinblick darauf, daß nun die anderen Länder eine Verstärkung ihrer Heeresbestände vornahmen unter Zugrundelegung eines unkontrollierten Materials, das sich größtenteils auf phantastische Vermutungen begründet. Ein ungerüstetes Land ist inmitten einer hochgerüsteten Welt eine stete Aufforderung

zum Krieg. Nicht das bewaffnete, sondern das unbewaffnete Deutschland hat Europa beunruhigt. Durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde jene Balance wieder hergestellt, die notwendig ist, um zu fruchtbaren Diskussionen über die großen unge lösten Probleme der Weltpolitik zu kommen. Deutschland will am Frieden mitarbeiten; es hat ihn so nötig wie alle anderen Völker. Die Welt tut gut daran, nun an die lohnendere Aufgabe zu gehen, aus der geschaffenen Situation jene Elemente zu entwickeln, die wirklich zu einer dauerhaften Beruhigung führen können. Alle Völker sind von einer tiefen Sehnsucht darnach erfüllt. Niemand in Europa, der auch nur eine Spur von Verantwortungsgefühl in sich trägt, glaubt daran, daß die Schäden eines Krieges, die durch 17jährige Friedensarbeit nicht zu beseitigen waren, durch einen neuen Krieg beseitigt werden könnten.

In dieser Situation, die alle Möglichkeiten zu einer wahrhaften Verständigung aller Völker bietet, ist Klarheit und Logik nötig. Nichts wäre gefährlicher als ein neues Gebäude von Illusionen und Wunschträumen aufzurichten. Je mehr wir verantwortliche Vernunft und gesunden Menschenverstand obwalten lassen, um so durchgreifender wird die glückliche Wendung sein, in der Europa sich neu gestaltet. Diese oft beklagte Geheimnistrauerie ist nun zu Ende, die Atmosphäre gereinigt. Deutschland will als gleichberechtigte Nation der Welt entgegen treten mit der ersten Bereitschaft, am Frieden Europas und an der Befriedigung der Völker nach besten Kräften mitzuarbeiten.

Mit tiefer Dankbarkeit hat das deutsche Volk von dem großen und mutigen Entschluß des Führers Kenntnis genommen. Nicht Kriegsbegeisterung und Revanchelieder waren seine Antwort darauf; voll Stolz und Würde fühlt es sich wieder ruhend in der Sicherheit seiner eigenen Kraft, denn sein Schicksal liegt wohlbehütet in Adolfs Hitlers Hand.

## Eine Stunde von historischer Bedeutung

NSA. Eine Stunde von historischer Bedeutung hat geschlagen. Ein Ereignis von unerhörter Größe ist das Zeichen dieses 16. März.

Deutschland hat seine Fesseln zerbrochen. Dieses große Land im Herzen Europas hat sich seine Gleichberechtigung, die ihm ein mißtrauisches Ausland mit allen nur erdenklichen Schikanen vorzuenthalten verstand, endlich selbst genommen.

Nur so kann der Erhaltung des Friedens gedient werden. Nur so kann die Sehnsucht der Völker erfüllt werden. Nur so wird ein ewiger Herd der Unsicherheit und Unruhe dem unverantwortlichen politischen Spiel entzogen!

Das ganze deutsche Volk blüht voll Dankbarkeit, Verehrung und Bewunderung in dieser Stunde zu seinem Führer auf. Wie ein Mann stellt es sich hinter seinen Kanzler Adolfs Hitler, der das Befreiungswort sprach, als er sich zur Erlösungstat durcgerungen hatte.

Niemand kennt die Stunden, in denen dieser große Deutsche gearbeitet und gerungen hat, bis er seine Entscheidung zu fällen vermochte. Die Tragweite seines Entschlusses ist von epochaler Bedeutung. Wird doch endlich ein Strich unter eine Zeit gezogen, die nur eitel Spiegelfechterei und Verleumdung kannte.

Selten in der Weltgeschichte hat ein Volk so fanatisch und aufrichtig seine Pflicht bis zur Selbstaufopferung erfüllt, wie das deutsche Volk. Es hat die Bestimmungen eines Gewaltvertrages bis zum letzten i-Punkt erfüllt. Bis zur Radikalität und völligen Wehrlosigkeit hatte es abgerüstet und stand ohnmächtig und hilflos inmitten bis an die Zähne bewaffneter Staaten, die sich obendrein durch Pakte und Militärabündnisse gegenseitiger Waffenhilfe versicherten. Trotz hoher und heuchlerischer Phrasen verhöhten gewisse ehemalige Siegerstaaten die von ihnen immer wieder im Munde geführte „Heiligkeit“ der Verträge. Ihre Verpflichtung zur Abrüstung brachen sie in rücksichtsloser und brutaler Weise. Die „Heiligkeit“ von Versailles wurde nur da respektiert, wo sie Handhabe zur Diskriminierung und Knebelung Deutschlands bot, gleich, ob Recht oder Moral vergewaltigt wurden. Eine Kulturnation von 60 Millionen Deutschen glaubte man mißachten und mit Füßen treten zu können.

Bis der Tag kam, an dem Adolfs Hitler mit seiner nationalsozialistischen Bewegung die Staatsmacht übernahm und das innen- und außenpolitische Ruder des sinkenden Staatsschiffes herumtrieb. Die Welt, die sich endlich um die weitere Ausbeutung Deutschlands betrogen sah, heulte in ohnmächtiger Wut auf und rüstete zu einem anderen Vernichtungskampf gegen das neue Reich. Boykott, Greuelpropaganda und Lügenhege feierten wahre Triumphe. Gegen Barbaren- und Heidentum wurde zum Kampf geboten.

Aber die Wahrheit brach sich unerbittlich Bahn und räumte mit der Campagne gegen Deutschland und den Nationalsozialismus auf. Das beispiellose Aufbaumerk des Führers löste hier und da Bewunderung aus, und bald erlebten wir, wie eine Maßnahme nach der anderen, die die



Staatsregierung des neuen Reiches zum Wohl von Volk und Staat ergriffen hatte, in diesem oder jenem Ausland ihre Nachahmung erfährt. Deutschland hat Vorbildliches geleistet. Die Stimmen zu seiner Anerkennung mehrten sich.

Es war nur logisch, wenn auch die Politik der Staatsregierungen nach neuen Wegen tastete, wenn die Einsicht und Vernunft weiter Kreise jenseits der deutschen Grenzen, ja jenseits vom Meere, zu dämmern begann. Freudig und dankbar begrüßte der Führer und die ganze hinter ihm stehende Nation jede Regung, die zu neuer Hoffnung zu berechtigen schien. Immer wieder streckte Adolf Hitler, auf der Grundlage von Ehre und Gleichberechtigung, dem Ausland, insonderheit Frankreich, die Hand entgegen und beteuerte die Friedensliebe des deutschen Volkes. Trat doch Deutschland am 14. Oktober des vergangenen Jahres nur aus dem einzigen Grunde aus dem Völkerbund aus, um endlich für die direkte Verständigung von Volk zu Volk die Plattform zu schaffen, nachdem sich die Genfer Einrichtung seit ihrem Bestehen nur als eine Vollstreckungsinstanz des Willens der Siegermächte erwiesen hatte! Nie war der Friede zu sichern, solange der Völkerbund seine Mission verkannte.

Die dunklen Mächte des Hasses, des Mißtrauens, des Argwohn, des Vernichtungswillens und des friedensfeindlichen Imperialismus aber scheinen plötzlich wieder die Oberhand gewinnen zu sollen. Die letzte Woche stand wahrlich nicht mehr im Zeichen der so bitter notwendigen Entspannung, die vor einem Monat glückverheißend am europäischen Horizont aufzufliegen begann. Die Enttäuschung für Deutschland ist namenlos.

Unser großer Führer hat sich infolgedessen zu einem Entschluß aufgerafft, der zweifellos das größte Aufsehen in der Welt hervorrufen muß. Aber gab es noch einen anderen Ausweg, als zur Sicherung des Friedens und zur Erhaltung der deutschen Ehre und zur Durchsetzung der Gleichberechtigung eine Armee zu schaffen, die der sicherste Garant für die Unberührbarkeit des Deutschen Reiches ist? Unter voller Erkenntnis der Tragweite eines solchen Beschlusses hat der Führer entschieden, und in seiner Proklamation abermals bekräftigt, daß auf diesem Wege endlich eine achtungsvolle und von Vertrauen getragene Zusammenarbeit unter den Nationen dieser Erde möglich sein wird und möglich sein muß.

Die Vollendung des großen nationalsozialistischen Aufbaues ist niemals in Kriege, wohl aber im Frieden möglich. Diese Feststellung ist wiederholt aus berufenem Munde getroffen worden. Wir halten es für unsere Pflicht, in dieser historischen Stunde noch einmal darauf hinzuweisen und der Welt zu sagen, daß das Wort des Führers das Wort der Nation ist, einer Nation, die sich nicht mehr länger diskriminieren und als eine Macht zweiten Ranges behandeln lassen kann.

Möge dem Dank, den das deutsche Volk an diesem denkwürdigen Wendepunkt der Geschichte seinem unvergleichlichen Führer zollt, das Vertrauen der Welt und der Wille zu einer allgemeinen friedlichen Zusammenarbeit, nach der sich die Völker sehnen, folgen. Die Wohlfahrt der Völker sollte endlich höher im Kurse stehen als die Interessen irgendwelcher Machtgruppen, für die die Völker im Inneren ihres Herzens nie Verständnis haben werden. Der Frieden und die Zusammenarbeit souveräner Staaten muß zum Inbegriff aller internationalen Politik werden.

Dr. Bn.

## Vor diplomatischen Schritten

### Protestschritt — Diplomatische Beratungen — Völkerbund?

Paris, 18. März. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland nimmt auch in der Pariser Montagspresse den größten Raum ein. In amtlichen französischen Kreisen wartet man mit einer gewissen Ungeduld den englischen Kabinettsrat von Montag ab. Die Besprechungen, die zwischen der italienischen und der französischen Regierung auf diplomatischem Wege stattgefunden haben, haben nach Ansicht gut unterrichteter Kreise bereits zu einer Einigung darüber geführt, daß die erste Antwort, die auf den Beschluß der Reichsregierung zu erteilen sei, in einem Protestschritt der Botschafter Paris, Londons und Roms in Berlin bestehen müsse. Anschließend daran sollen die Besprechungen zwischen den drei Mächten auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden, um vor allem die ganze Anwesenheit vom

rein juristischen Standpunkt aus zu betrachten. Man erklärt in diesem Zusammenhang in gut unterrichteten Kreisen, daß man gerade diese Seite der Frage als sehr heikel betrachte, da der Versailler Vertrag eine Verletzung der Militärklauseln nicht vorsehe, sondern lediglich etwaige Maßnahmen im Falle einer Verletzung der Reparationsklauseln. Auch der Locarnovertrag habe diese Möglichkeit nicht berücksichtigt.

Man könne die Rückwirkungen, die der Beschluß der Reichsregierung auf London, Rom und Paris habe, dahin zusammenfassen, daß zunächst ein Protestschritt der drei Mächte in Berlin erfolge, dann auf Grund des römischen Abkommens auf diplomatischem Wege eine Beratung zwischen den drei Mächten stattfinden und schließlich, falls keine Einigung darüber zustande komme, der Völkerbund angerufen werde.

Die Pariser Morgenpresse teilt diese Auffassung nicht ganz. Die Blätter erklären übereinstimmend, daß die italienische Regierung zwar auf gewisse französische Vorschläge geantwortet habe und sich mit einem Protestschritt in Berlin und einer anschließenden Beratung der drei Großmächte über etwaige weitere Maßnahmen einverstanden erkläre, daß sie aber keineswegs Neigung zeige, die Angelegenheit dem Völkerbund zu unterbreiten.

Der Londoner Sonderberichterstatter des Echo de Paris glaubt zu wissen, daß die englische Regierung einen Versuch machen werde, eine neue Verhandlungsgrundlage mit Deutschland zu finden. Journalist ist der Ansicht, daß man sich davor hüten müsse, dem Völkerbunde Gelegenheit zu geben, seine Machtlosigkeit zu beweisen. Der Versailler Vertrag sei endgültig zerrissen und niemand könne ihn wieder zusammensetzen, vor allem aber nicht der Völkerbund. Pettit Partien glaubt annehmen zu können, daß eine feierliche Erklärung abgegeben werde, um Deutschland die ganze Schwere seiner einseitig getroffenen Maßnahmen vor Augen zu führen.

### Lloyd George zeigt Verständnis

London, 18. März. In einer Unterredung mit einem Vertreter von News Chronicle erklärte Lloyd George unter Bezugnahme auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland, man dürfe den Kopf nicht verlieren. Es bestehe kein Grund zur Panik. Die Mitunterzeichner des Versailler Vertrages hätten kein moralisches Recht, die Teile des Vertrages durchzusehen, die sie selbst in flagranten und herausfordernder Weise gebrochen haben. Soweit Großbritannien in Betracht komme, habe die britische Regierung nicht das Recht, nach der Ausgabe des Weißbuches Klage darüber zu führen, daß Deutschland diesen Schritt vor den kommenden Bepflegungen getan hat. „Wir stehen jetzt der Wirklichkeit gegenüber. Und wenn es uns ernst ist mit unserem Wunsch, den Frieden zu organisieren, und zu befestigen, dann sollten wir die letzten Entwicklungen einschließlich des Weißbuches, des Beschlusses Frankreichs, sein Heer zu verstärken und schließlich der Erklärung Hitlers als eine von der Vorlesung gewährte Gelegenheit betrachten, Ordnung in den ganzen Wirrwarr zu bringen.“

### Der belgische Außenminister über die deutsche Entscheidung

Brüssel, 18. März. Außenminister Hymans wurde nach seiner Rückkehr von Paris am Sonntagabend durch belgische Journalisten über die Entscheidung der deutschen Regierung befragt. Wie das halbamtliche belgische Nachrichtenbüro mitteilt, gab Hymans nachstehende Erklärung ab: Das Ereignis ist ernst. Es erfordert größte Aufmerksamkeit der Regierungen. Es kann die Anstrengungen, die in Rom und London zur Organisation der Sicherheit und des Friedens gemacht wurden, gefährden, obwohl es vielleicht den tatsächlichen Zustand, wie man ihn vermutete, nicht ändert. Es ist wichtig, daß die Mächte sich untereinander beraten. Herr Laval hat die Initiative zu einer Befragung der Mächte unternommen. Die Aufrechterhaltung des Friedens erfordert das enge Zusammengehen der Mächte. Wir haben uns über die Lage mit den französischen Ministern unterhalten. Die französische Regierung sieht sie lastbütig an. Da der Meinungsaustausch im Gange ist, wird man begreifen, daß ich mich im Augenblick jeder Stellungnahme enthalte. Belgien bleibt in enger Verbindung mit den Großmächten, den Garantien seiner Sicherheit.

### Einladung Laval nach Moskau

Paris, 18. März. Die halbamtliche Nachrichtenagentur Havas bestätigt, daß Außenminister Laval von sowjetrussischer Seite aufgefordert worden ist, nach Moskau zu kommen. Sowjetbotschafter Potemkin hat im Namen seiner Regierung diese Ein-

ladung überbracht. Pierre Laval wird Gelegenheit haben, seine Ministerkollegen bei einer der nächsten Ministerbesprechungen mit dieser Einladung zu besprechen. Auf jeden Fall aber würde, so berichtet Havas, die Reise nach Moskau, falls sie in Frage komme, erst nach der Moskauer Reise des Vordirektors Eben stattfinden.

### Die Kleine Entente und die Vorgänge in Deutschland

London, 18. März. Engländer bedauert aus Bukarest, in rumänischen Kreisen werden erklärt, daß die Mitglieder der Kleinen Entente und der Balkanentente nicht erlauben könnten, daß auf die deutsche Aufrüstung eine Aufrüstung Ungarns und Bulgariens folge. Die deutschfreundlichen Kreise, in denen geglaubt werde, daß Rumäniens Rettung in einer Wiederherstellung der Vorkriegs-Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern liege, betrachteten anscheinend Deutschlands Beschluß als etwas sehr natürliches, was die ganze Welt erwartet habe.

### Der Eindruck im Ausland

#### Englische Stimmen

London, 18. März. Unter der Ueberschrift: „In schimmernder Wehr“ sagt „Morningpost“, die deutsche Regierung habe mit einem Streich den Knoten langwieriger Verhandlungen zerschnitten. Der Sonntag sei großen militärischen Kundgebungen zu Ehren der deutschen Gefallenen gewidmet gewesen. Großenteils müsse man hinzufügen, daß an der Art dieser Kundgebungen und der Rede des Reichswehrministers nichts auszusagen sei. Obwohl er, und zwar mit Recht, das Lob der deutschen Toten gefungen habe, habe er den Gedanken an Rasse zurückgewiesen und den Krieg als eine Katastrophe bezeichnet. Das Blatt führt dann aus, es sei klar, daß keine weitere Hoffnung auf Begrenzung der Armeen bestehe. Mit diesem Grundsatz sei es ebenso wie mit den Rüstungsklauseln von Versailles zu Ende. Dies bedeute die Rückkehr zu dem Vorkriegszustand, wo jede Nation die Freiheit gehabt habe, solche Rüstungen zu schaffen, die ihr zukommen oder der Schutz ihrer Grenzen erforderlich mache. Deutschland habe sich genommen, was es gefordert habe, und habe der Unsicherheit, über die es sich beschwert habe, ein Ende gemacht.

„Daily Mail“ schreibt, die Proklamation des Reichskanzlers Hitler bringe keine Überraschung. Es bestehe kein Grund zur Hysterie oder Panik. Der leitende Gedanke Deutschlands, für den viel spreche, sei, daß es die erste Pflicht einer Nation sei, zur Selbstverteidigung fähig zu sein. Deutschland habe, wie dies auch General von Blomberg erklärte, stets an die wohlthätige erzieherische Wirkung der Dienstpflicht geglaubt. Sein Standpunkt werde von Hitler und seinen Mitarbeitern, die alle Frontkämpfer seien, sehr entschieden geteilt. Das Allgäu, was das britische Kabinett tun könne, sei, auf alle weiteren Versuche zu verzichten, „Formeln“ und „Verhältniszahlen“ und „Maßstäbe“ zu entdecken. Es sei viel besser, wenn jede Macht sich die Verteidigungsmittel zulege, die sie im Interesse der eigenen Sicherheit für erforderlich halte.

Der bekannte Sozialistenführer Sir Stafford Cripps sagte am Sonntag in einer Rede, es sei bezeichnend, daß seit der Veröffentlichung des englischen Weißbuches in Frankreich eine Verlängerung der Dienstzeit und in Deutschland die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht erfolgt sei. Deutschlands Argument, daß auf Grund des Versailler Vertrages alle anderen Nationen aufrüsten müssen, sei berechtigt. Aber die anderen Mächte hätten sich in dieser Beziehung keine Mühe gegeben, und die Rüstungen seien stärker als 1914. Die Engländer sollten verlangen, daß ihre Regierung die internationale Zusammenarbeit und nicht den internationalen Wettbewerb zu ihrem Ziel mache.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ ermahnt zur Ratslosigkeit und sagt, von einem „Blitz aus heiterem Himmel“ könne bei der deutschen Erklärung vom Samstag nicht gesprochen werden. Die Ausrüstung des britischen Weißbuches, daß angemessene Verteidigungsmittel im Interesse der Sicherheit nötig seien, und daß einseitige Abrüstung der allgemeinen Abrüstung nicht förderlich sei, habe Deutschland den geeigneten Vorwand gegeben. Der französische Beschluß, die Militärdienstzeit zu verdoppeln, die russische Großpropaganda, daß die Sowjetarmee von 400 000 auf 900 000 Mann gebracht worden sei, Mussolinis Prahlerei, daß Italien im Notfall 8 Millionen ins Feld schicken könne, hätten alle eine Rolle gespielt. Aufrüstung sei überall die zugegebene Politik. „Daily Herald“ fährt fort: Von jetzt ab ist Deutschland wieder eine vollbewaffnete Großmacht und muß als solche in Rechnung gestellt werden. Das Versailler System ist endgültig zusammengebrochen. Es könnte nur durch einen Krieg wiederhergestellt werden, und ein Krieg zur Wiederaufrichtung eines Systems, dessen Abschaffung die „Alliierten“ bereits versprochen hatten, ist undenkbar.

# Das Rätsel um Dr. Antonio Stradella

KRIMINALROMAN VON WILL WESTER

Rechtswissenschaftler

„Sie kennen den Fall Stradella, Herr Präsident?“  
„Wir sind über alles unterrichtet, Herr Kommissar. Welche Anhaltspunkte haben Sie für seine Flucht nach der Schweiz?“

Dr. Lombroso zog das Telegramm aus der Tasche.  
„Die Mitteilungen der italienischen Regierung.“

Robert Egli schmunzelte: „Seit wann gewinnen bei Ihnen solche Fälle politische Bedeutung?“

„Die amerikanische Botschaft in Rom hat auf Grund alarmierender Nachrichten in den Vereinigten Staaten beim Auswärtigen Amt in Rom interveniert.“

„Aha! Man befürchtet Entwicklungen mit der amerikanischen Regierung. Sehr interessant, mein Lieber.“

Robert Egli drückte auf den Knopf einer Klingel. Ein Beamter der Bundespolizei trat ein und nahm vor seinem höchsten Chef strammes Haltung an.

„Herr Sekretarius, ermitteln Sie unverzüglich im politischen Archiv die in Zürich als sowjetfreundlich geltenden Italiener. Ich bitte um sofortigen Bericht.“

Nach etwa zehn Minuten kam der Beamte zurück.  
„Bitte, lesen Sie vor!“

Der Sekretär las: „Schriftsteller Toni Alberto, ehemals Korvettenkapitän Sr. Majestät Viktor Emanuels; Advokat Dr. Alfredo Franconi aus Mailand; Bildhauer Ernesto Tronchini aus Venedig, ehemals Professor für bildende Kunst in Rom; Professor Umberto Lombroso aus Neapel, Lehrer der italienischen Sprache; Franzesco Volpone aus Amzeppo.“

Dr. Lombroso unterbrach erregt den Redeschwall des Sekretärs.

„Eine interessante Feststellung, Herr Präsident. Dr. Antonio Stradella stammt aus Amzeppo. Es scheint mir, daß wir auf einer richtigen Spur sind. Wäre es möglich, diese Franzesco Volpone hier im Präsidialgericht diese Nacht noch zu vernehmen?“

Dazu bedürfen wir der Zustimmung des zuständigen Gerichts. Sie vergessen, daß Sie in einem Lande sind, in welchem das Asylrecht nicht ohne Grund angetastet werden darf.“

Lombroso konnte seiner Erregung kaum Herr werden.

„Herr Präsident! Die schweizerische Bundesregierung würde meinem Lande einen großen Dienst erweisen. Wir sind bei der Auffklärung dieses furchtbaren Verbrechens auf schnellste Hilfe angewiesen.“

Robert Egli, den offenbar nichts aus der Fassung zu bringen vermochte, sah seinem Gegenüber nachdenklich ins Auge.

„Ich begreife Ihren Wunsch, Herr Kommissar. Eine amtliche Vernehmung an dieser Stelle ist aber unmöglich, solange wir keine Beweise dafür in Händen haben, daß Dr. Stradella zu dem Kunstmal Franzesco Volpone irgendwelche Beziehungen unterhält. Legen Sie Wert auf eine weitere Bekanntgabe der Namen?“

„Danke, Herr Präsident. Welche Möglichkeiten gäbe es in diesem Falle, um den Kunstmal Franzesco Volpone aus Amzeppo zu vernehmen?“

„Vorläufig nur eine Vernehmung rein privater Natur. Ich muß es Ihrem kriminalistischen Scharfsinn überlassen, auf welchem Wege das zu geschehen hat.“

„Ist es der Polizei bekannt, wo diese sowjetfreundlichen Kreise in Zürich zu verkehren pflegen?“

„Nach den Informationen meines politischen Büros im Hause des russischen Emigranten Alexander Ujanoff, genannt Lenin. Das Haus liegt im siebten Bezirk; Gärtnerstraße Nr. 37.“ Und mit verbindlichem Nicken fügte er hinzu: „Sie sehen, Herr Kommissar, daß die schweizerische Bundespolizei über alles unterrichtet ist.“

„Darf ich mir die Privatadresse des Franzesco Volpone notieren, Herr Präsident?“

Der Sekretarius las: „Im fünften Bezirk, im Hause Weinbergsweg 18.“

„Darf ich in dringenden Fällen Ihre Güte nochmals in Anspruch nehmen, Herr Präsident? Die italienische Regierung wird es Ihnen danken.“

„Sie dürfen über mich verfügen, Herr Kommissar.“

VI.

Das Erlebnis dieser Nacht wühlte wie ein Ereignis von unerhörter Wucht in der Gedankenwelt Lombrosos. Es ließ ihn nicht zur Ruhe kommen, wenn er auch im Augenblick keine Möglichkeit sah, den Schicksalsfaden mit Erfolg fortzuspinnen.

Wer war Franzesco Volpone aus Amzeppo? Lag bei ihm der Schlüssel für die Aufklärung des furchtbaren Verbrechens an Helen Swist?

Er vertuchte einen klaren Gedanken zu fassen, aber über einen fräftigen Fluss auf die sowjetfreundlichen Landsleute und auf die schweizerische Bundespolizei kam er vorläufig nicht hinweg.

Was nun?

Für ihn bestand kein Zweifel mehr darüber, daß zwischen Stradella und diesem Franzesco Volpone irgendwelche Zusammenhänge bestanden, die das Geheimnis um diesen Mord zu enthüllen vermochten.

Aber wie? Und wenn wirklich die Vermutungen der italienischen Regierung zutreffen sollten, wer bürgte ihm dafür, daß Dr. Antonio Stradella nicht längst die russische Grenze passiert hatte?

Diese Gedanken kreisten in seinem Hirn, als er verfuhr, unter der Maske eines italienischen Weinhändlers den Kunstmal Franzesco Volpone in seinem Heim am Weinbergsweg aufzusuchen.

Hier erfuhr er aber nur, daß „Signor“ Volpone seit einigen Tagen am Gardasee sich aufhielt und wahrscheinlich erst im Laufe der Woche zurückkehren werde.

So begab er sich denn in mißgelaunter Stimmung in sein Hotel zurück, um hier die weiteren Instruktionen der venetianischen Behörden abzuwarten.

### Weitere englische Pressestimmen

London, 18. März. Die englische Presse steht ganz im Zeichen der deutlichen Entscheidung des Führers. In dem Leitartikel der „Times“ heißt es u. a., die plötzliche Ankündigung Hitlers, daß Deutschland ein großes stehendes Heer besitzen werde, sei ein ernstes und wichtiges Ereignis für Deutschland und die übrigen Staaten in Europa. Aus allgemeinen Gründen spreche manches dafür, die deutschen Karten auf dem Tisch zu haben. „Times“ schließt, Deutschland wolle ein Volk in Waffen haben und auf die Frage, zu welchem Zweck, sei eine deutliche Antwort nötig. Die Ausdehnung der militärischen Dienstzeit in Frankreich sei dort widerwillig beschlossen worden. Hitlers Entscheidung bezüglich der Dienstzeit sei in Deutschland mit wilder Freudenstimmung begrüßt worden. Zweifellos hätten die Deutschen die Beschränkung ihrer nationalen Verteidigungsmittel als Schmach empfunden und dem entspreche ein Gefühl der Enttäuschung. Wenn der deutsche Schritt auch eine ziemlich grobe Methode sei, die deutsche Gleichheit durchzusetzen, so sei doch kein unwiederbringlicher Schaden angerichtet worden und die Verhandlungen könnten weitergehen. Der Besuch in Berlin sollte planmäßig abgefrachtet werden.

„News Chronicle“ sagt in einem Leitartikel, neue riesige Hindernisse seien der europäischen Verständigung in den Weg gelegt worden (?). Zwei Tatsachen hätten dazu besonders beigetragen, erstens die Größe des „Friedensheeres“, das Deutschland aufrecht zu erhalten gedenke, und zweitens die Befehlsgebung des neuen Gesetzes unmittelbar vor der Berliner Reise Simons. Andererseits zeige die neue Lage auch gewisse mildernde Faktoren. Kurz die Mannschafstärke, aber nicht die Dienstzeit seien festgesetzt worden. Nichts deute auf ein umfangreiches Aufrüstungsprogramm zu Wasser hin. Ferner sei nichts über die Offensivkräfte der neuen deutschen Truppen gesagt worden. Schließlich habe man an die Versicherungen Hitlers und des Generals von Blomberg, daß diese Aufrüstung friedlicher Natur sei. Alles dies berechtige zur Wiederaufnahme der Berliner Verhandlungen.

### Ungarn und Bulgarien zur deutschen Wehrhoheit

Budapest, 18. März. Der Beschluß der Reichsregierung über die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit hat in der ungarischen Öffentlichkeit einen Sturm der Begeisterung, Freude und Bewunderung ausgelöst. Der Schritt der Reichsregierung wird als ein historisches Ereignis von allergrößter Tragweite und Bedeutung empfunden. Das ungarische Volk, das wie das deutsche noch heute unter den Fesseln der Friedensverträge leidet, empfindet den Beschluß der Reichsregierung als den entscheidenden großen Schritt zur Befreiung von schmachvoller und läugerischer Sklaverei. Der nationale „Uj Mrazsak“ führt aus: „Mit tiefer Ergriffenheit muß jeder von dem Entschluß Hitlers Kenntnis nehmen, wir Ungarn, die wir in der gleichen Unterdrückung leben, verstehen diese Entschlossenheit Hitlers und hoffen im Interesse des europäischen Friedens, daß die jetzt unausweichliche Vereinigung der Friedensverträge kommen und die elementaren Rechte der bisher geknechteten Völker wiederhergestellt werden.“

Sofia, 18. März. Die bulgarische Presse und Öffentlichkeit steht im Zeichen des Entschlusses der Reichsregierung. Die Ueberschriften der Presse wie „Endgültiger Schluß mit den Militärläusen von Versailles“ und „Deutschland hat sich wieder den ihm zustehenden Platz in der internationalen Politik erkungen“, bringen zum Ausdruck, welche Ausnahme der Schritt der Reichsregierung in Bulgarien gefunden hat. Die Zeitung „Saria“ schreibt: „Bulgarien kann am besten erkennen, wie ungenügend die dem deutschen 67-Millionen-Volk zugestandene Wehrmacht von 100.000 Mann gewesen ist.“ In politischen Kreisen äußert man offen seine große Freude und Genugtuung über den Schritt der deutschen Regierung.

### Amerikanische Blätterstimmen

New York, 18. März. Die amerikanischen Montagsblätter beschäftigen sich seitenslang mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. Während die „New York Times“ sich in ihren üblichen Angriffen auf Deutschland ergeht, und die Erklärung der Reichsregierung als rückwärtslose Ablehnung einer internationalen Verpflichtung bezeichnet, nimmt die Landespresse vielfach eine weit verständigere Haltung ein. So schreibt die in Washington weit gelese „Baltimore Sun“ u. a.: Schritt für Schritt und unter stets undurchsichtigeren Vorwänden vergrößerten die früheren Alliierten ihre bereits großen Kriegsvorteile, um Deutschland in einen härteren Ring einzuschließen. Die Alliierten und die übrige Welt haben eine Lage geschaffen, gegen die sich Deutschland schließlich erheben mußte. In der „Kania City Times“ heißt es u. a.: Angeichts der langen Verzögerung der allgemeinen Abrüstung und Verständigung hatte Deutschland mindestens einen moralischen, wenn nicht rechtlichen Grund, von der Rüstungsklausel des Versailler Vertrages befreit zu werden.

### Japanische Stimmen

Tokio, 18. März. Die japanische Presse berichtet ausführlich über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. Eine amtliche Stellungnahme liegt noch nicht vor. Die Presse nimmt aber an, daß Japan als Unterzeichner des Versailler Diktates bereit sein wird, an einer Konferenz der Unterzeichnermächte teilzunehmen, falls dies gewünscht wird. Im übrigen betonen die Blätter, daß es sich um eine Angelegenheit handele, die Europa zunächst angehe, die Japan aber aufmerksam verfolgen werde. Bemerkenswert ist eine Stellungnahme der „Tokio Wahi Shimbu“, die das Versailler Diktat und besonders die Haltung Frankreichs für die gegenwärtige Lage verantwortlich macht. Während man auf der einen Seite Deutschland die Teilnahme an internationalen Besprechungen zur Aufrechterhaltung des Friedens erlaubt habe, habe Frankreich im Hintergrund die Politik der Einkreisung Deutschlands weiter verfolgt. Diese Politik sei mit den Grundsätzen des Völkerbundes, den Frankreich als Grundlage für den europäischen Frieden betrachte, unvereinbar.

### Vor einer britischen Note

London, 18. März. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Während des Sonntags hat Simon den Entwurf einer Note ausgearbeitet, die der britische Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, der deutschen Regierung unterbreiten soll. Der Entwurf wurde am Montag vom Kabinett besprochen.

Die Minister sind offenbar der Meinung, daß Deutschland die Grundlage erfordert, auf der die direkten englisch-deutschen Besprechungen am Montag nächster Woche geführt werden sollten. Deutschland hatte in seinen Anmerkungen zu der englisch-französischen Erklärung vom 3. Februar um diese Besprechung ersucht und Zusicherungen gegeben, daß sie sich auf das ganze von der Erklärung berührte Gebiet beziehen sollte. Die Berliner Besprechungen sollten daher eine legale Grundlage für Deutschlands Aufrüstung in einem allgemeinen System europäischer Sicherheit schaffen. Sicherheit sollte auch geschaffen werden durch Pakte, die innerhalb des Rahmens des Völkerbundes abzuschließen waren, und durch Festlegung der Grenzen

nationaler Rüstungen. Dieses System sollte durch gemeinsame Vereinbarung die besonderen Einschränkungen des Versailler Vertrages ersetzen.

Da Deutschland es für richtig befunden hat, sein eigenes Rüstungsneue im voraus festzusetzen, werde es jetzt aufgefordert werden zu erklären, welche Grundlage für die Erweiterungen übrig bleibt, um die es sich so eifrig bemüht hätte.

London, Paris und Rom sind in häßlichem Meinungsaustrausch miteinander und mit ihren Botschaftern in Berlin. Die französische Regierung hat angeregt, daß der Berliner Besuch ausgesetzt werden sollte. Sie ist der Meinung, daß die veränderte Lage eine neue Erwägung durch die französische, britische und italienische Regierung erforderlich macht. Die neueste Entwicklung verleiht den kommenden Besuchen Ebens in Moskau und Warschau noch größere Wichtigkeit als bisher. Die Besuche werden ohne Rücksicht auf eine etwaige Aenderung in dem Berliner Programm abgefrachtet werden.

Zwischen Großbritannien und Frankreich herrscht volle Einigkeit, daß die deutschen Ziffern sich auf einem Niveau halten, das niemals angenommen werden könnte. Anstelle der Forderung nach „Gleichberechtigung“ und später nach „Gleichheit“ ist das Verlangen nach Recht auf Ueberlegenheit getreten. Frankreich könnte nicht einmal Gleichheit auf Grund der deutschen Ziffern erreichen. Großbritannien hat niemals eine deutsche Armee ins Auge gefaßt, deren Stärke 300.000 Mann übersteigt.

Der Beschluß der Reichsregierung, die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland einzuführen, konnte für niemand eine Ueberschuldung sein, da die anderen Mächte offensichtlich ihre Bestrebungen fortsetzten, ihre militärische Uebermacht Deutschland gegenüber noch weiter zu vergrößern. Nachdem Deutschland jahrelang vergeblich auf die Anerkennung seiner Gleichberechtigung gewartet hatte, die für Deutschland ebenso wie für die anderen Staaten ein Naturrecht bedeutet, hat es als letzte der Mächte sich nunmehr entschlossen, seine Landesverteidigung selbst durchzuführen.

### Simon läßt eine Note in Berlin überreichen

London, 18. März. Der Oppositionsführer Lansbury fragte am Montag nachmittag im Unterhaus den Außenminister, ob er im Hinblick auf die von der deutschen Regierung angekündigte Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland und auf die Erhöhung der Friedensstärke der deutschen Armee auf 36 Divisionen eine Erklärung über die von der britischen Regierung beabsichtigten Schritte abgeben könne.

Außenminister Sir John Simon bejahte die Frage und fuhr fort: Die englische Regierung ist bereits mit der französischen und der italienischen Regierung in dieser Angelegenheit in Verbindung getreten und hat den britischen Botschafter in Berlin beauftragt, der deutschen Regierung eine Note zu überreichen, die, wie ich höre, heute nachmittag übergeben werden wird. Ich kann naturgemäß diese Mitteilung nicht bekanntgeben, solange sie noch nicht im Besitz des deutschen Außenministers ist. Aber es sind Besprechungen getroffen, daß die Note im Abstimmbüro des Unterhauses verfügbar sein wird, sobald ich von Sir Eric Phipps gehört habe, daß die Mitteilung erfolgt ist.

Hierauf fragte Lansbury, ob geplant sei, die Lage mit der Regierung der Vereinigten Staaten und anderen Unterzeichnern des Friedensvertrages zu erörtern, oder ob eine Sitzung der Völkerbundversammlung in Aussicht genommen sei. Simon erwiderte: Ich kann Lansbury versichern, daß diese beiden Elemente zur Zeit erwogen werden.

### Die britische Note in Berlin überreicht

Berlin, 18. März. Der englische Botschafter Sir Eric Phipps hat am Montag nachmittag den Reichsminister des Auswärtigen aufgesucht und ihm die Note überreicht, in der die Einwendungen der englischen Regierung gegenüber dem Reichsgesetz über den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März enthalten sind.

Am Schluß dieser Note ist die Frage wiederholt, ob die Reichsregierung bereit sei, anlässlich des Besuchs von Sir John Simon in Berlin die im Londoner Communiqué vom 3. Februar enthaltenen Punkte zu erörtern. Der Reichsminister hat diese Anfrage in bejahendem Sinne beantwortet.

### Eröffnung des Reichsberufswettkampfes durch den Reichsjugendführer

Berlin, 18. März. An der Front der Arbeit und der Technik in der riesigen Transformatorhalle der AEG in Oberschöneweide eröffnete der Reichsjugendführer am Montag morgen den zweiten Reichsberufswettkampf der deutschen Jugend. Die Kundgebung wurde von allen deutschen Sendern übertragen, in ganz Deutschland erlebten mehr als eine Million Wettkämpfer im Gemeinschaftsempfang die Kundgebung auf ihren örtlichen Appellen mit.

Balbur von Schirach erinnerte die deutsche Jugend an jene Zeit, da Uneinigkeit das deutsche Volk zerriss, da man nur von Interessentengruppen und -Cliquen sprach. Alles das aber, so fuhr er fort, wurde überwunden durch die Entschlossenheit einer jungen sozialistischen Bewegung, die aus dieser Uneinigkeit und Zerrissenheit die große Eintracht und Kameradschaft des deutschen Volkes schuf. Als ein überzeugender Ausdruck dieser Kameradschaft, als ein Symbol dieser neuen sozialistischen Zeit stehen der deutsche Jungarbeiter und die Jungarbeiterin in ganz Deutschland heute am Anfang unseres großen Werkes der Kameradschaft, um der Nation und der Welt zu beweisen, daß wir alle in Deutschland auf Geduld und Verderb zusammengesöhnt und daß keine Macht der Welt uns je wieder trennen kann.

Der Reichsjugendführer gedachte dann der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch die Reichsregierung und des Heldengedenktages. Es gibt in der ganzen weiten Welt keine Jugend, die dem Gedanken des Krieges fernere und der Idee friedlicher Arbeit näher stünde als die deutsche. Das spreche ich hier im Namen all der Hunderttausende Jungarbeiter und -arbeiterinnen aus, die diese Stunde und diesen Berufswettkampf eröffnet haben wollen als Ausdruck ihrer friedlichen Gesinnung und ihrer Bereitschaft zu friedlicher Aufbauarbeit als Werk Adolf Hitlers. In diesem Zusammenhang erinnerte der Reichsjugendführer auch an die Freizeittaktion der Hitlerjugend, der bereits große Erfolge beschieden gewesen seien. Der Reichsjugendführer bezeichnete weiter den Reichsberufswettkampf als die erste Station auf dem Wege zu einem großen Gesetz der Ordnung der gesamten Verhältnisse des deutschen Jungarbeiters, dem Berufsausbildungsgesetz, und er dankte dem anwesenden Reichsarbeitsminister Selbste in herzlichen Worten dafür, daß er sich

bereit erklärt habe, sich für dieses Gesetz der Reichsjugendführung einzusetzen. Der Reichsjugendführer schloß mit einem braulead aufgenommenen Sieg-Heil auf den Führer, den ersten Arbeiter Deutschlands, und auf die deutsche Arbeit.

### Berlin am Dienstag verdunkelt

Berlin, 18. März. Das Reichsluftfahrtministerium teilt mit: Für Dienstag, den 19. März 1935, wird anlässlich der Verbundungsübung der Luftstraßen über dem Stadtgebiet Groß-Berlin für die Zeit von 22 bis 24 Uhr als Luftsperrgebiet erklärt. Das Ueberfliegen dieses Luftstraßen ist daher verboten. Ausnahmen kann der Reichsminister der Luftfahrt erlassen, Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Vor Beginn der am 18. März in Berlin stattfindenden Verbundungsübungen wird auf dem Flughafen Tempelhof eine zu 52 Karten. Mit Hilfe eines Kurzwellensenders tritt der in der Maschine stehende Funkberichterfasser während des Fluges über der verdunkelten Großstadt mit fünf an verschiedenen Stellen Berlins befindlichen Bodenstationen und dann weiter mit der Zentrale im Funkhaus in Verbindung. Durch die sich ergebenden Wechselgespräche zwischen dem Sprecher im Flugzeug und den Funkberichterfasser der Bodenstationen erhalten die Rundzuhörer, die überall in Deutschland an ihren Empfangsgeräten sitzen, einen lebendigen Eindruck von dem, was die Befahrung der zu 52 während dieser Zeit erlebt. Der Zeitpunkt des Deutschlandfluges übermitteln in Zusammenarbeit mit dem Reichsfunksender Berlin diese interessanten Funkberichte, die auch auf die Reichsfunksender Hamburg, Köln, Königsberg, München und Stuttgart übertragen werden, am 19. März in der Zeit von 21.50 Uhr bis 1 Uhr.

### Die Gemeinschaft studentischer Verbände als Gesamtvertretung des Korporationsstudententums

Berlin, 18. März. Nunmehr ist zwischen der Reichsleitung der NSDAP (durch Reichsleiter Dr. Wagner als Bevollmächtigten des Stellvertreters des Führers) und dem NSDStB (durch dessen Führer Reichsamtseiter Derichsweiler) einerseits und der Gemeinschaft studentischer Verbände (Staatssekretär und Chef der Reichsfunkzlei Dr. Sammers) andererseits eine Vereinbarung getroffen worden, deren wesentlichste Stellen lauten: Die NSDAP und der NSDStB werden künftig die Gemeinschaft studentischer Verbände als Gesamtvertretung der studentischen Korporationsverbände betrachten in der Erwartung, daß die Korporationen und Verbände, die sich zu den gleichen Grundsätzen wie die Gemeinschaft studentischer Verbände bekennen, dieser aber noch nicht angehören, den baldigen Anschluß finden. Die Verbände sind sich darin einig, daß die Vertretung aller waffenstudentischen und Ehrenangelegenheiten ausschließlich Sache des Allg. Deutschen Wajentings ist.

### Keine „Weißen Wöden“

Berlin, 18. März. Der Reichswirtschaftsminister hat wie das RdZ. meldet, auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb eine Verordnung erlassen, wonach im Jahre 1935 Verkaufsvorrichtungen in der Art der sogenannten „Weißen Wöden“ nicht vorgenommen werden dürfen. Die Bezeichnung der Veranstaltung ist dabei unerheblich. Verboten sind demnach besondere Verkaufsvorrichtungen, in denen eine Zusammenstellung weißer Waren angeboten wird.

### Voller Erfolg der Zinsermäßigung

Berlin, 16. März. Das Angebot auf Zinsermäßigung bei den öffentlichen Anleihen gemäß Gesetz vom 27. Februar 1935 ist nach den bisher vorliegenden Meldungen in der im Gesetz vorgesehenen Frist von inländischen Gläubigern in Höhe von nur wenig mehr als 12,33 Millionen RM. abgelehnt worden. Das Gesamtkapital, das unter die Zinsermäßigung fällt, beläuft sich auf 2.054.100.000 RM. Mitin ist das Angebot auf Zinsermäßigung nur für rund 0,6 v. H. abgelehnt worden. Dem Angebot auf Zinsermäßigung ist demnach ein voller Erfolg beschieden.

### Aufmarsch der alten SA-Garde verschoben

Berlin, 18. März. Stabschef Luge gibt, wie die NSA. meldet, bekannt: Der für den 21. 22. März angelegte Aufmarsch der alten SA-Garde in Berlin findet zunächst nicht statt. Da die Erkrankung des Führers noch nicht behoben ist, und er seinen ältesten SA-Männern nicht die Entschuldig bereiten wollte, daß sie aus dem ganzen Reich zusammenkämen, ohne ihn zu sehen und sprechen zu hören, wird der Tag der alten SA-Garde auf einen gelegeneren Zeitpunkt verlegt.

### Abbruch der italienisch-abessinischen Verhandlungen

Genf, 18. März. Wie am Sonntag abend in Völkerbundkreisen verlautete, soll Abessinien von neuem in einer Note an den Generalsekretär des Völkerbundes gewandt haben. Darin soll e den Abbruch der Verhandlungen mit Italien mitteilen. Mit dieser Mitteilung soll Abessinien die Bitte verknüpfen, der Völkerbund möchte sich nunmehr erneut mit der Frage befassen.

### Sechs Wahlvorschläge zur Danziger Volkswahl

Danzig, 18. März. Die Anmeldefrist für die Wahlvorschläge zur Danziger Volkstagswahl ist abgelaufen. Es sind sechs Wahlvorschläge eingereicht worden. An der Spitze steht der Wahlvorschlag der NSDAP. Die weiteren Wahlvorschläge sind eingereicht worden vom Zentrum, den Sozialdemokraten, den Kommunisten, der sogenannten „Nationalen Front“ und einem marxistisch eingestellten angeblichen „Frontkämpferbund“. Zwischen den beiden letztgenannten Wahlvorschlägen besteht Listenverbindung. Es kann festgestellt werden, daß die führenden Männer der früheren deutschnationalen Parteiorganisation in Danzig diese sogenannte Nationale Front eindeutig ablehnen und sich für die Volkstagswahl zur nationalsozialistischen Einheitsfront der NSDAP. bekennen. Die Aussichten der erwähnten Splittergruppen bei der Wahl sind infolgedessen gleich Null zu bewerten. Im Ganzen gesehen ergibt sich aus der Liste der Wahlvorschläge, daß eine ernstzunehmende Opposition gegen die NSDAP. nicht mehr besteht.

### Oesterreich und die Wehrpflicht

Wien, 18. März. Das christlich-soziale „Neuigelteweltblatt“ unterliegt in seinem heutigen Leitartikel die Auswirkungen der Rückkehr Deutschlands zur allgemeinen Wehrpflicht auf Oesterreich und erklärt: Die Erfüllung der Forderung Oesterreichs nach der Wiedereinführung des allgemeinen Militärdienstes bedeutet nach dem Schritt Deutschlands kein Zugeständnis mehr, sondern nur noch eine Selbstverständlichkeit.

### Wahrtritt des norwegischen Kabinetts

Oslo, 17. März. Ministerpräsident Mowinkel gab am Samstag in einem Kabinettrat bekannt, daß er dem König den Rücktritt der Regierung angeboten habe. Der König habe angenommen und dem Präsidenten des Storting, den Führer der Arbeiterpartei, Rygaardsvold, mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Rygaardsvold hat den Austrag angenommen.

## Sokales

Wildbad, 19. März 1935.

Keine Sondersteuer mehr für mitverdienende Ehefrauen. Die bisherigen Bestimmungen über die Lohnsteuer für mitverdienende Ehefrauen haben, wie das RdZ. meldet, dazu geführt, daß die Eheleute in vielen Fällen weit höhere Beträge an Lohnsteuer zu entrichten hatten, als für den Ehemann in Frage gekommen wäre, wenn er ein Gehalt in Höhe seines Gehalts zuzüglich des Gehalts seiner Ehefrau bezogen hätte. Wenn zum Beispiel der Ehemann und die Ehefrau (drei Kinder) je ein Gehalt von 200 RM. bezogen, dann hätten sie nach der bisherigen Lohnsteuerregelung einen Steuerbetrag von zusammen 14,28 RM. zu bezahlen. Wenn jedoch der Ehemann allein ein Gehalt von 400 RM. erhielt, dann wäre als Lohnsteuer nur der Betrag von 11,44 RM. in Frage gekommen. Der Reichsfinanzminister hat nunmehr diese ungünstige steuerliche Lage für mitverdienende Ehefrauen beseitigt. Er hat durch Runderlaß angeordnet, daß in solchen Fällen von nun an die Eheleute beantragen können, daß die Lohnsteuer nur bei dem Ehemann erhoben wird, bei der Ehefrau nicht mehr. Zur Berechnung der Steuer ist dann dem Gehalt des Ehemannes das Gehalt der Ehefrau hinzuzurechnen. Das Finanzamt hat entsprechende Bemerkungen auf den beiden Steuerarten einzutragen.

## Württemberg

Stuttgart, 18. März. (Arztetagung.) Im Halbmondtag des Landtages fand in Anwesenheit des Innenministers Dr. Schmid eine Tagung der würt. Ärzte statt, in der die wichtigsten der bei Anwendung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses bisher gemachten Erfahrungen in acht Referaten dargelegt wurden. Die Tagung wurde durch Oberlandesgerichtsrat Göz eröffnet. Im Mittelpunkt der Referate standen grundsätzliche Ausführungen von Ministerialrat Dr. Stähle.

Gedenktafelweihe. Zu einer schlichten Feier versammelten sich am Samstag die Stuttgarter Berufsschullehrer im Landesgeweremuseum, wo die Enthüllung einer Gedenktafel für ihre auf dem Feld der Ehre gebliebenen Berufskameraden stattfand. Nach einem Musikvortrag von Professor Homann ergliff Gewerbedirektor Seible das Wort zu einer kurzen Ansprache und legte, nachdem die Hülle gefallen, im Auftrag der Gewerkschaft des NS-Lehrerbundes einen Lorbeerkranz nieder.

Rentenansprüche im Jahre 1934. Bei der Landesversicherungsanstalt Württemberg waren im Jahre 1934 18 960 Rentenansprüche zu behandeln, davon 14 476 Invalidenrenten, 3302 Witwenrenten, 17 Witwenrenten und 1165 Waisenrenten. Anerkannt wurden insgesamt 12 910 Ansprüche gleich 68,1 Prozent, abgewiesen 623 gleich 3,3 Prozent, sonst erledigt 2234 gleich 11,8 Prozent und auf das folgende Jahr überwiesen 3193 gleich 16,8 Prozent.

Winterportzug. Der am Samstag von der Reichsbahndirektion Stuttgart zum wiederholten Male veranstaltete Sonderfahrt nach Oberstdorf war wiederum ein voller Erfolg beschieden. Der Zug war voll besetzt.

Tübingen, 18. März. (Ehrenvoller Ruf.) Von zuständiger Seite erfahren wir, daß Professor Dr. M. Gänßlen einen Ruf an den ordentlichen Lehrstuhl der medizinischen Poliklinik Frankfurt auf den 1. April 1935 erhalten hat. Professor Gänßlen ist 1895 in Weinsberg geboren. Wissenschaftlich hat er sich vor allem auf dem Gebiet der Gefäßforschung, der Ererbungslehre, der Konstitutionspathologie und der Blutkrankheiten beschäftigt. Bekannt wurde er namentlich durch sein Leberextrakt zur Behandlung der bösartigen Blutarmut.

Mürtingen, 18. März. (Neubau des Finanzamts.) Über den Neubau des Finanzamts Mürtingen ist mit dem Landesfinanzamt ein Vertrag abgeschlossen worden, der die Genehmigung des Reichsministers der Finanzen erhalten hat. Von der Stadt ist das ganze Bauland vorzubereiten, das vom Reich in üblicher Weise vergütet und mit 3 Prozent im Jahr getilgt wird. Der Gemeinderat gab dem Vertrag seine Zustimmung.

Ludwigsburg, 18. März. (Todesfall.) Wenige Wochen nach Vollendung ihres 92. Lebensjahres ist Frau Mathilde Brand, einst als Prosa-Erzählerin und Dialektdichterin bekannt, gestorben. Geboren als Tochter des Lehrers Staiger in Weiler M. Blauschneuren verbrachte Mathilde Brand 56 Jahre in Ludwigsburg. Vor sieben Jahren zog sie zu ihrem Sohn nach Tübingen.

Waiblingen, 18. März. (Tödlicher Unfall.) Auf einer am Hause des Buchdruckers Leys aufgestellten Leiter war der jungverheiratete 32 Jahre alte Monteur Ernst Senbold vom Elektrizitätswerk Waiblingen mit dem Umfellen der elektrischen Leitung beschäftigt. Von der gegenüberliegenden Garage fuhr ein Personenauto rückwärts heraus und stieß an die Leiter, so daß Senbold herabgeschleudert wurde. Er fiel auf einen zementierten Gartenweg vor dem Haus und blieb bewußtlos liegen. In der Nacht ist er gestorben.

Heilbronn, 18. März. (Helldengedenkfeier.) Die Helldengedenkfeier fand im Kasernenhof statt, in dem die Gliederungen der Partei und der Formationen aufgestellt genommen hatten, als die Ehrenkompanie mit den Fahnen der ehemaligen 122er einmarchierte. Im Mittelpunkt

der Feier stand die Ansprache von Oberst Stimmel, der in markiger Soldatenart der Toten gedachte. Ein dreifaches Hurra auf den Führer beendete die Feier. Anschließend fand vor dem Ehrenmal der 122er bei der Friedenskirche ein Vorbeimarsch vor Oberst Stimmel statt.

Bachmann, M. Kedarulm, 18. März. (Erstikt.) Der 35 Jahre alte ledige Otto Bolk war auf der Straße Obergriesheim-Gundelsheim mit Steinkeßeln beschäftigt. Bolk, der Epileptiker ist, erlitt einen Anfall, stürzte aufs Gesicht und erstickte. Ein Fortgehilfe fand ihn tot auf.

Salach, M. Göppingen, 18. März. (13 Prozent Gemeindevumlage.) Der Haushaltsplan des Jahres 1935 weist an Ausgaben 273 506 RM. aus, denen an Einnahmen 100 748 RM. gegenüberstehen. Der Abmangel mit 172 758 RM. wird durch eine Gemeindevumlage von 13 Prozent gedeckt.

Buch, M. Kalen, 18. März. (Vom Bulldogg überfahren.) Nachmittags fuhr das Bulldoggfuhrwerk, mit Leitungsmasten der Rheinelektra beladen, durch die Ortschaft. Es sah eine Anzahl Arbeiter darauf. Bei der Gastwirtschaft Mai wurde ein verheirateter Arbeiter vom Wagen geschleudert und fiel so unglücklich auf die Straße, daß ihm das Hinterrad über den Fuß hinwegging. In schwerverletztem Zustand wurde der Mann ins Krankenhaus überführt.

Weingarten, 18. März. (Helldengedenktag.) Der Helldengedenktag wurde hier feierlich begangen. Um 8.30 Uhr fanden Gottesdienste in den beiden Stadtpfarrkirchen statt, hernach ein Aufmarsch zum Jahnpark unter Beteiligung einer Ehrenkompanie der Reichswehr. Vater Frowin gedachte dabei der Toten und ihrer großen Verdienste, worauf der militärische Führer eine markige Ansprache über die drei Begriffe Erinnerung, Dankbarkeit und Vorsatz unter besonderer Würdigung des großen Ereignisses der angeforderten Wehrpflicht hielt.

Ulm, 18. März. (Helldengedenktag.) Die Garnisonsstadt Ulm gab dem Helldengedenktag ein ganz besonderes feierliches Gepräge. In den Stadtpfarrkirchen fanden am Vormittag feierliche Gottesdienste statt. Um 10.30 Uhr vormittags marschierten Formationen der Reichswehr, der Landespolizei und der nationalsozialistischen Bewegung auf dem Münsterplatz ein. Auch Reichsstatthalter Murr war zur Feier erschienen. Der Stadtkommandant schritt mit dem Reichsstatthalter die Front ab, worauf der Einmarsch der Fahnenkompanie mit den alten Regimentsfahnen erfolgte. Die Gedächtnisrede zum Helldengedenktag hielt der Kommandant des Standortes Ulm.

Ulm, 18. März. (Unfall.) Am Samstag sprang in der Bodgasse ein 3 1/2-jähriges Mädchen vom Gehweg ab gerade in die Fahrbahn eines Lastkraftwagens. Das Kind kam unter den Wagen und mußte mit einem schweren Schädelbruch ins Krankenhaus verbracht werden.

Sportsonntag im Schwarzwald. Trotz erheblicher Erwärmung in den letzten Tagen haben sich die Schneeverhältnisse im hohen Schwarzwald über den Roschenmehel so günstig gestaltet, daß die Tausende von Skiläufern, die vom Rheintal her ins Gebirge zogen, voll auf ihre Kosten kamen. Im Ruhesteingebiet und Hornisgrindegebiet und auf den Ostwegen zwischen Mummelsee und Seckopf deckte noch ein guter Meier Firnschnee den Erdboden. Die Bergkuppen hatten bis 8 Grad Wärme im Schatten, im Rheintal prägte sich der voranschreitende Frühling durch 16 Grad Wärme aus. Am Helldengedenktag auf dem tieferschnittenen Schiffskopf zwischen Ruhestein und Kniebis wurde eine Gedächtnisfeier zu Ehren der gefallenen Kameraden aus den Reihen des Schwäbischen Schneelaufbundes abgehalten. Auch auf dem Feldberg am Köpfe wurde an dem dortigen Ehrenmal des Skiflubs Schwarzwald der gefallenen Helldengedenkteil gedacht.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ergebnis des Eintopfsontages in Berlin. Das Ergebnis der Sammlungen am Eintopfsontag in Berlin beträgt 390 732 RM., das sind einige tausend RM. mehr als am Eintopfsontag des Vormonats.

Venizelos auf der Reise nach Neapel. Venizelos hat sich in Begleitung seiner Frau und einiger Parteigänger in Rhodos an Bord des Dampfers „Ker“ begeben, um nach Neapel zu reisen.

Stapellauf eines italienischen Kreuzers. In Genua ist der neue Kreuzer „Eugen von Savoyen“ vom Stapel gelaufen. Das Schiff hat eine Wasserverdrängung von 7000 Tonnen, eine Bewaffnung von acht 15,2-Zentimeter-Kanonen und sechs Flugzeugabwehrgeschütze von 10 Zentimeter-Kaliber sowie sechs Torpedorohre. Die Motorkraft beträgt 110 000 PS. Die Geschwindigkeit des Schiffes wird mit 37 Meilen pro Stunde angegeben.

Apostolischer Nuntius in Riga gestorben. Der Doyen des diplomatischen Corps der apostolischen Nuntius, Monsignore Zehini, ist am Montag an den Folgen einer Lungenentzündung im Alter von 70 Jahren gestorben.

Familiendrama in Nimes. In Nimes hat sich die 40-jährige Frau Volebat mit ihren drei Töchtern im Alter von 18, 6 und 4 Jahren mit Gas vergiftet. Wiederbelebungsversuche waren vergeblich. Polizeiliche Nachforschungen ergaben, daß Nahrungsvorgänge die Unglückliche in den Tod getrieben haben.

## Erster Fußballtag über Frankreich

Deutschland gewann den 3. Länderkampf in Paris 3:1 (0:1)

Der deutsche Fußballsport hat einen neuen großen Triumph feiern können. Im 3. Länderkampf mit Frankreich siegte die deutsche Nationalmannschaft mit 3:1 (1:0) Toren. So hoch dieser sportliche Erfolg auch einzuschätzen ist — Frankreich hat sich bekanntlich längst in die Reihe der ersten Fußballnationen hineingezeichnet — so bleibt hinter ihm nicht jener Jurid, der bei diesem Spiel hinsichtlich der freundschaftlichen Beziehungen der beiden Völker zu Tage trat. Schon bei ihrem Eintreffen in Paris, von einer mehrhundertköpfigen Empfangsordnung begrüßt, war die deutsche Nationalmannschaft der Gegenstand lebhaftester Aufmerksamkeit. Im Spiel selbst sollten die nach vielen Tausenden zählenden Zuschauer den Leistungen unserer Mannschaft ebenjohliche Beifall, wie den der Ährigen, und überall wurde der verdiente Sieg der Deutschen restlos anerkannt.

45 000 Zuschauer in der Prinzenparkbahn

Wohl noch nie ist in Paris eine solche Begeisterung für den Fußballsport festzustellen gewesen, wie bei diesem Länderkampf. Seit Tagen waren sämtliche Eintrittskarten ausverkauft, so daß die bisherige Rekordbesucherzahl von 620 000 Franken bestimmt übertroffen wurde. Verschiedene auswärtige Besucher mußten sich zu den vielen Tausenden gesellen, die vor den geschlossenen Toren des Prinzenparks den Ausgang des großen Spieles abwarteten. Die Organisation war musterhaft. Der Einmarsch vollzog sich reibungslos. Für die Spieler war das fühlbare und fast windstille Wetter recht angenehm. Von hohen Masten grünten Halbkreuzbanner und Schwarz-Weiß-Rot, flatterten die Tricolore und zu Ehren des Schiedsrichters die belgische Landesflagge sowie die Fahne der FIFA. Der Empfang der zuerst erscheinenden deutschen Mannschaft war herzlich und das Deutschlandlied wurde von den 45 000 Zuschauern mit würdigem Ernst stehend angehört. Gramlich und Thepot lösten, wobei der Franzose das Los gewann und sich entschied, seine Mannschaft zuerst mit dem leichten Wind spielen zu lassen. Während Frankreich wie vorgelesen spielte, trat Deutschland mit Kobierst, Siffing, Conen, Hohmann, Vehner im Sturm, Zielinski, Münzenberg, Gramlich als Käufer, Busch und Janes in der Abwehr und Jakob im Tor an.

Die Deutschen ohne Tadel

Die beiden Mannschaften hielten nicht nur, sondern übertrafen sogar die ziemlich hochgeschraubten Erwartungen. Es sei gleich vorweggenommen, daß die Franzosen in der Bewertung ihrer Gesamtleistung wohl kaum 2 Tore schlechter waren. Unsere Mannschaft wandte wieder das Deckungsspiel an, ohne jedoch allzu stark am W-System zu kleben. Als mit 2:0 die Führung erstritten war, spielte man lockerer, als jedoch einigemal die Lage kritisch wurde und der Sieg gefährdet schien, deckte jeder Mann seinen gegnerischen Spieler genau und aufmerksam. Besonders der Mittelfeldler Münzenberg führte seine gewöhnlich leichte Aufgabe erneut fehlerfrei durch. Jakob im Tor erzielte durchgehends ein gutes Spiel. Der Regensburger machte nur einen Fehler, der allerdings den Franzosen den Ehrentreffer einbrachte. Die Verteidigung war wieder das verlässliche Bollwerk. Janes ruhiger und sicherer im Stellungsspiel als Busch, der aber mit seinem Kopfballspiel übertrug.

Wie die Tore fielen:

In der 35. Minute leitete Kobierst einen Angriff ein; das Leder wanderte zu Conen, der zu Vehner abgibt und der Augsburgerschoß aus 6 Meter Entfernung unhaltbar ein. Inmitten der zweiten Halbzeit fällt das zweite deutsche Tor. Conen war durchgebrochen, Kobierst ließ mit, der Westdeutsche erhielt den Ball und knallte nach ein Nach weiteren 15 Minuten stand die Partie nur noch 2:1 für Deutschland. Jakob faustete das Leder zu schwach zurück und Duhart brachte mit dem Kopf den Ball über die Torlinie. 4 Minuten vor Schluß gab Münzenberg den Ball hoch nach vorne. Hohmann erwißte das Leder mit dem Kopf und erzielte das 3. Tor für Deutschland.

Fußball-Ergebnisse des Sonntags

In Paris: Frankreich — Deutschland 1:3

In Prag: Tschechoslowakei — Schweiz 3:1

Englische Pokal-Vorschlagsrunde:

In Leeds: Westbromwich Albion — Bolton Wanderers 1:1

In Birmingham: Sheffiel Wednesday — Burnley 3:0

Pflichtspiele der süddeutschen Gauliga:

Gau Württemberg: SpT. Stuttgart — Stuttgarter Kickers 2:2, 1. SV. Ulm — Ulmer SV. 94 1:0, SpB. Feuerbach gegen Union Bödingen 3:0, SpB. Göppingen — Stuttgarter SC. 2:6

Gau Baden: VfR. Mannheim — Karlsruher SV. 6:2, Böh. nix Karlsruhe — VfB. Mühlburg 4:2, SpB. Waldhof — VfB. Pforzheim 2:1, FC. Freiburg — Germania Karlsruhe 2:0

Gau Bayern: Wader München — FC. Schweinfurt 0:1, ASB. Nürnberg — SpBgg. Weiden 0:2

Gau Südwest: SpT. Saarbrücken — FC. Kaiserslautern 6:1, FC. Frankfurt — Saar Saarbrücken 2:1, Borussia Neunkirchen — Union Niederrad 2:0

Auftiegspreise zur württembergischen Gauliga:

SpBgg. Bad Cannstatt — VfB. Friedrichshafen 5:0, VfR. Heidenheim — FC. Tübingen 0:4, VfR. Schweningen — FC. Juffenhäuser 1:1

Herausgeber und Verlag: Württembergischer und Stuttgarter Tagblatt-Verlag, Wildbad, L. Schwarzwald (Anb. Ed. Ged.) Nr. 2. 35 710

## Achtung! Hausfrauen!

Diese und nächste Woche finden im Saal „Wildbader Hof“ für

### alle Hausfrauen die mit Persil waschen

hochinteressante und lehrreiche Vorträge, verbunden mit praktischen Vorführungen statt.

Keine Hausfrau sollte diese Vorträge versäumen.

Jedermann herzlich eingeladen. Eintritt frei!

Kein Verkauf.

Jede Besucherin erhält ein praktisches Geschenk.

## Konfirmandenverzeichnisse

sind von Mittwoch früh ab in der Tagblattgeschäftsstelle zu haben.



Der Vater der Erbarmung und Gott alles Trostes hat meine liebe Mutter

## Frau Maria Fischer Wwe., geb. Bieser

nach einem Leben unermüdlicher Arbeit bis zuletzt, treuester Pflichterfüllung, beispielhafter Selbstlosigkeit, hingebendster Opferwilligkeit und nach einem seligen Scheiden durch Empfang der hl. Sterbesakramente heute nach 10 1/2 Uhr im Alter von 88 Jahren zu sich genommen.

Wildbad, Schw. Gmünd, Stuttgart, 17. März 1935.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Robert Fischer, Stadtpfarrer, Wildbad.

Seelenamt Samstag früh 7 1/4 Uhr. — Beerdigung in Schwab. Gmünd.

## 2-3-Zimmer-Wohnung

an ruhige Mieter preiswert zu vermieten.

Schriftliche Anfragen befördert die Tagblattgeschäftsstelle.

## Zimmerfahrstuhl

zu kaufen gesucht.

Angebote an Tagblattgesch.

Talentvoller Junge

achtbarer Eltern kann in

## kaufmännische Lehre

(Lebensmittel-Branche) treten.

Selbstgeschriebene Offerte unter J. R. Nr. 150 an die Tagblattgeschäftsstelle erbeten

